

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeile für den Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Die Bedrohung des deutschen Buchhandels.

Es ist charakteristisch für unsere Zeit, daß wir jeden Mißstand auf wirtschaftlichem, sozialem oder sittlichem Gebiet alsbald mit Hilfe der Gesetzgebungsmaschine zu beseitigen suchen; es ist aber auch charakteristisch, daß wir in zahlreichen Fällen durch unüberlegte Schablonenbildung vielleicht einen kleinen Schaden heilen, zugleich aber auch einen neuen, weitaus größeren Schaden anrichten. Die Gesetzgebungsorgane bilden einseitig eine Landspitze, und die Zudringlichkeit einzelner Personen, die durch Angebot minderwertiger Werke lästig fallen, verdient Zurückweisung. Aber indem man den Zigeunern an den Leib will, trifft man getroffen tausende von ehrlichen Familienvätern, indem man den Schamernroman zu beseitigen trachtet, verjagt man den gesamten deutschen Buchhandel, indem man das Publikum um unheilbaren Schlag, und indem man das Publikum um schlechter Lesetexte zu schütten sucht, verhindert man es, sich an guter Lesetexte zu bilden und zu erfreuen.

Die Kommission des Reichstags, die sich mit der Novelle zur Gewerbeordnung beschäftigt, hat die Vorentscheidung über das Schicksal von Tausenden, sie hat darüber zu beschließen, ob durch die Anträge der Herren Grober und Hise der deutsche Buchhandel in seiner Konkurrenzfähigkeit dem Ausland gegenüber zurückgebeugt, in seiner Entwicklung gehemmt und zum Teil vernichtet werden soll, ob zahllose Familienväter ihr Brod einbüßen, ob die Zahl der Arbeitslosen und Unzufriedenen wiederum vermehrt, ob die Steuerkraft des Volkes abermals vermindert werden soll. Fürst Hohenlohe hat sich als ein Freund des Mittelstandes bekannt, Herr von Wertheß vertritt die gleiche Tendenz — hier handelt es sich um den Schutz eines blühenden Gewerbes und um die Zukunft des produktiven Volkes gegen Hise und Grober, wie es sich zugleich um eine finanzielle und um eine geistige Frage handelt!

Daß die Novelle und vor allem die Anträge Hise und Grober, denen sogar ein Teil des Zentrums mit starken Bedenken gegenübersteht, den Kern eines Teiles des deutschen Buchhandels bedeuten, bedarf kaum noch eines Beweises. Wenn die Käufer nicht mehr aufgejagt werden dürfen, wenn die Verwaltungsbehörde am Beginn jedes Jahres feststellen soll, ob ein Bedürfnis zum Bücherverkauf vorhanden ist, selbst wenn wissenschaftliche Vierungswerte, deren Umfang sich kaum voraussehen läßt und die doch sicherlich nicht auf die kleinen Leute rechnen, vorher affirmativ begrenzt werden müssen, wenn alle Beschränkungen, denen der Händler unterliegt, auf den Kolporteur ausgedehnt werden sollen, wenn dieser weiterhin für jeden Bezirk einen neuen, theuren Wandergelehrten lösen soll — dann wird und muß der Betrieb zurückgehen, und der Einfuhrmarkt wird die Vernichtung folgen. Der Verlag wird leiden, gewiß aber mit ihm die Sortimenter, die Reisenden und Kolporture, die Drucker, Papierhändler, Kollportage, Galvanoplastik, Buchbinder, Kommissionäre, Seiger, Marktführer, Aussträger; sie alle werden es den Herren Grober und Hise und ihren unheimlichen Helfern danken, wenn sie den angegriffenen „Schutz der christlichen Arbeit“ sich umwandeln sehen in einen „Trug der christlichen Arbeit“.

Vielleicht ist es gut, die Herren von der Rechten, die etwa bereit wären, in das Horn der Herren Grober und Hise zu blasen, daran zu erinnern, daß allein 8 große Buchhandlungen evangelische Kollportagebuchhandlungen sind und sich ausschließlich mit dem Vertrieb von Bibeln, Erbauungs- und Gebetsbüchern befassen; sie mögen nicht vergessen, daß das Zentrum die katholischen Verlagswerke von der Kanzel aus, durch den Beichtstuhl und durch Kollportage, daß also der Antrag Grober-Hise sich lediglich gegen den Protestantismus richtet; die Reiter der Finanzen aber mögen sich erinnern, welches Kapital durch den Reise- und Kollportagebetrieb in Umlauf kommt und welche Steuersummen anfallen müssen, wenn Bundesrat und Reichstag auf der vom Zentrum empfohlenen Bahn verharren. Gibt es doch in Deutschland allein 179 Verlagsgeschäfte und 516 Sortimenter, die hauptsächlich sich mit Kollportage beschäftigen und 3000 Kollportagebuchhandlungen, welche direkt oder von Großhandlungen beziehen. Daneben gibt es noch 80 kleine Buchhandlungen. Diese Geschäfte geben nach einer ganz bescheidenen Schätzung etwa 50000 Personen den Lebensunterhalt und zahlen an Gehalt und Lohn über 53 Millionen Mark; hierbei sind große Zahlen nicht eingeschlossen, die direkt hinzugegerechnet werden müssen. So kommen die Papierfabriken mit ihrem Umsatz und ihre Arbeiterzahl in Frage, ebenso die Buchbinderei — allein für Webers- und Brochmanns Konversationslexikon sind in Leipzig 6 große Buchbindereien mit 1000 Arbeitern dauernd tätig — die Lederindustrie, die Pappenfabrikation, die Schriftsteller und Künstler, kurz eine unerschöpfliche Reihe von Erwerbszweigen wird gefährdet — und warum? Weil in den Kreis der Kollportage und Reisebuchhändler sich auch einige räudige Schafe drängen und weil es auch Gesetzwörter gibt, die nichts wert sind. Mit den unheimlichen Elementen, die übrigens von ihren Verursachern sehr energisch abgelehnt werden, soll der Mann kämpfen, der mit Fleiß und Mühe sich und den Seinen eine Existenz beschafft; mit den sittenlosen Romanen sollen die Bibeln, Alts, Familienzeitschriften leiden! Das ist Sinn und Folge des gegen den deutschen Buchhandel geführten rüchlichen Kampfes!

Deutschland.

Berlin, 1. März. Zur Erläuterung der Mitteilung des „Staats-Anzeigers“, daß der Kaiser durch Erbre von 25. v. M. die Einberufung der Engeren Versammlung des Staatsrats auf Dienstag, den 12. März, verfügt hat, bemerkt die „N. A. Z.“, daß die Engere Versammlung (laut Verordnung, betreffend die Vereinfachung der Verhandlungen des Staatsrats, vom 6. Januar 1894) unter dem Vorsitz des Präsidenten des Staatsrats ihre Verhandlungen abhält und sich wie folgt zusammensetzt:

„Aus familiären Mitgliedern des Staatsministeriums, dem Staatssekretär des Staatsrats, familiären Mitgliedern des Staatsrats, dem Staatsrat, welche nach der Geschäftsordnung für den Staatsrat den Plenarvortrag über die zu begutachtende Sache als Hauptabteilung vorzubereiten haben würde, ferner aus mindestens je

zwei Mitgliedern derjenigen Staatsrats-Abteilungen, welche nach der Geschäftsordnung an der Vorbereitung der Sache zum Plenarvortrag als Nebenabteilung Teil zu nehmen haben würden, und schließlich aus zwei oder mehreren anderen Mitgliedern des Staatsrats. Außerdem sind die dem Staatsrat angehörigen königlichen Prinzen berechtigt, jeder Engeren Versammlung des Staatsrats als Mitglieder beizutreten. — Was Zahl und Art der Abteilungen betrifft, so besteht der Staatsrat nach dem durch allerhöchsten Erlass vom 11. Juni 1884 genehmigten Rekonstruktiv betreffend die Verhandlungen des Staatsrats aus sieben Abteilungen: 1. für auswärtige Angelegenheiten und Kriegswesen, 2. für Landwirtschaft, Domänen und Forstverwaltung, 3. für die Justiz, 4. für die Finanzen, 5. für Handel und Gewerbe, öffentliche Bauten, Eisenbahnen und Bergbau, 6. für geistliche, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, 7. für Angelegenheiten der inneren Verwaltung. Die jetzt zu berufende Hauptabteilung ist natürlich die 2.

Um endlich noch auf eine zur Zeit in der Presse aufsteigende Frage einzugehen: Fürst Bismarck, Staatsminister Dr. Delbrück, Graf Zedlitz-Trützschler, von Heyden-Canow sind, wie jetzt anerkannt ist, Mitglieder des Staatsrats geblieben, da sie schon vor ihrer Ernennung zu Staatsministern aus allerhöchstem Vertrauen zu Mitgliedern des Staatsrats ernannt waren. Fürst Bismarck ist also auch noch heute Vizepräsident des Staatsrats. Wie übrigens aus Hoffmanns Verlautung, wird der Kaiser nach den „N. A. Z.“ die Beratungen des Staatsrats mit einer großen, für die gesamte innerpolitische Lage sehr bedeutsamen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rede einleiten.

Man schreibt der „Magdeb. Ztg.“ aus Berlin, 26. Februar:

„Die Betrachtungen über eine neue Form für die Fortführung des Friedensprogramms der Dreimächte ziehen noch immer Kreise. In Wien sind jetzt zu den Besprechungen der Dreimächte mit dem deutschen Kaiser auch der Kaiser des Königs von Italien, der Herzog von Aosta, und der Dalmatiner, Großfürst Vladimir, eingeladen. Wenn die „Kreuzzeitung“, aus hervorhebt, daß bei diesem Anlaß sich wieder Zeit und Gelegenheit bieten werde, von Politik zu sprechen, so meint sie doch, das Zusammenkommen dieser Fürstlichkeiten sei bereits genug, und es sei wohl geeignet, die Ausführungen ihres Petersburger Berichterstatters zu rechtfertigen, wonach zwar das Friedensprogramm der Dreimächte nicht auszuweichen, aber ein Wiederankommen des ehemaligen Dreimächte-Verhältnisses näher gerückt werde. Aus dem letzten Zusammenkommen der genannten Fürstlichkeiten irgend welche politische Schlüsse ziehen zu wollen, dürfte kaum zutreffend sein. Bemerkenswerter ist aber die Entscheidung, die Feststellung, mit der die russische Presse den Gedanken eines Anschlusses Russlands an den Dreimächte-Zirkel, in wie weit sie dabei nur die eigenen Anschauungen vertritt, ist nicht zu erkennen. Jedenfalls beweist der Eifer, mit dem von russischer Seite jede Annäherung an die Dreimächte bekämpft wird, daß für diese keine Veranlassung vorliegt, Bayern zu verlassen, auf denen das Friedensprogramm anerkennen und das Beste aus demselben zu ziehen. Nicht der Dreimächte hat sich überlebt, sondern jene losere Bündnisform, die jetzt wieder in Vorschlag gebracht wird, ohne daß triftige Gründe für eine veränderte Politik sich erkennen ließen.“

Eine Audienz beim Reichskanzler Fürsten Hohenlohe hatte in diesen Tagen der Vorstand des Zentral-Ausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands nachgeführt und auch gewährt erhalten. Derselbe fand gestern Vormittag 11 Uhr statt. Es wurden, nach der „D. Z.“, in dieser Audienz seitens der Vertreter der vereinigten Innungsverbände die Wünsche des organisierten deutschen Handwerkslandes in Bezug auf die in Aussicht genommene Organisation des Handwerks zum Ausdruck gebracht, und es kamen dabei insbesondere die Bedenken zur Sprache, welche in Handwerkskreisen gegen die von der Reichsregierung noch in der gegenwärtigen Session des Reichstags beschlossene Vorlegung eines Handwerkskammer-Gesetzes, nach welchem gemäß dem vom Herrn Staatssekretär v. Bütticher im Reichstage abgegebenen Erklärungen Handwerkskammern ohne jeglichen öffentlichen Unterbau geschaffen werden sollen.

Die „Volkszeitung“ erzählt über den gegenwärtigen Stand des Verordnungsverfahrens, wie sie sagt, aus zuverlässiger Quelle Folgendes:

„Die Verhandlungen zwischen dem Finanzminister und dem Kultusminister dauern noch immer fort. Der Finanzminister hat den Termin für seine endgültige Entscheidung inzwischen um einige Zeit hinausgeschoben, da er vor dem 1. Juni nicht übersehen könne, ob die in Frage kommenden Steuererträge derart sein werden, daß er die vom Kultusminister in Anspruch genommene Summe werde zur Verfügung stellen können. Diese soll sich nach dem, was wir darüber hören, etwa auf 7½ Millionen belaufen. Damit würde sich das Gesetz in der vom Kultusminister geplanten Weise durchführen lassen. Allerdings soll der Finanzminister gegen einige Punkte noch Einwendungen erheben, unter denen derjenige der bedeutendste ist, der die Höhe des Grundbesitzes betrifft. Der Kultusminister wollte dieses auf 1100 Mark festlegen, er hat aber den Finanzminister bis jetzt nicht überzeugen können, daß 1100 Mark nicht zu viel seien. Ob Dr. Basse mit dieser seiner Forderung schließlich durchdringen können, bleibt einstweilen abzuwarten. Indes würde er das Gesetz an diesem Differenzpunkt wohl auch noch nicht scheitern lassen, wenn er vor allem nur das durchführt, woran ihm besonders liegt, nämlich die Vermehrung der Altersklassen bis auf acht — jetzt gibt es deren nur fünf — und die Gewährung derselben zu einem früheren Zeitpunkt und in kürzeren Zeitabständen als bisher. Darüber und über einige andere Punkte schweben gegenwärtig noch die kommissarischen Verhandlungen, die sich jedenfalls noch längere Zeit hinziehen werden. Unter diesen Umständen ist allerdings an die Vorlage des Gesetzes in der laufenden Session nicht mehr zu denken. Um so mehr gibt sich der Kultusminister der Hoffnung hin, daß es ihm möglich sein werde, das Gesetz in der nächsten Session zur Vorlage zu bringen.“

Ueber die Neubestellung des Gouverneurspostens für Deutsch-Afrika wird der „Deutschen Afrika-Post“ von best informierter Seite mitgeteilt, daß Major von Wissmann nicht — wie es schon hieß — zum direkten Nachfolger des Freiherrn von Scheele ausersehen sei.

Wenn man auch an leitender Stelle den bewährten Afrikaner gern auf die erledigte Stelle setzen möchte, umso mehr man sicher wäre, daß Wissmann nicht nur den Kolonialfreunden am genehmsten sein würde, so glaubt man sich doch diese Ernennung versagen zu müssen, zumal dadurch auch an eine Neubestellung des Gouverneurspostens gedacht werden müßte. Der letzte Stellvertreter des Gouverneurs, Herr von Trotha, besitzt das Patent eines Oberlieutenants vom 17. Oktober 1893, während Major von Wissmann erst kurz vor der Beförderung zu dieser Charge steht. Selbst wenn dem Major für seine letzte Expedition zwei Kriegsjahre angerechnet würden, so müßte ähnlich dem Falle Brochmann-Wantuffel — eine Vorpatentierung stattfinden.

Mit Recht nimmt man an, den besten Ausweg gefunden zu haben, in dem Oberlieutenant von Trotha zum Gouverneur und Major von Wissmann zum stellvertretenden Gouverneur und Kommandeur der Schutztruppe ernannt wird. Da Oberlieutenant von Trotha sich auch nicht länger als bis zum Ablauf seiner eingegangenen Verpflichtung dem Kolonialdienst widmen will, so rückt dann Major von Wissmann zum Gouverneur auf. Sollte jedoch Wissmann — was nicht gut anzunehmen ist — aus Gesundheitsrücksichten an den „Bizegouverneur“ versetzt, so soll beabsichtigt sein, diesen Posten mit einem Zivilbeamten zu besetzen; für diese Stelle wird bereits — in sonst gut unterrichteten Kreisen — der Name des jetzigen Intendanten der kaiserlichen Schutztruppe, des Landrats von Vennigsmann genannt. Oberst Freiherr von Scheele tritt in die Front zurück und dürfte schon im Monat April eine bis dahin frei werdende Garde-Kavalleriebrigade zur Führung erhalten.

Bereits im vorigen Jahre war dem Reichstage ein Weinsteuervorschlag zugegangen, der u. a. eine Regelung der Frage der kommunalen Weinbesteuerung bezweckte. Derselbe gelangte indessen nicht zur Verabschiedung. Nunmehr ist ein neuer Entwurf ausgearbeitet und vom Bundesrat genehmigt worden, der von den bezüglichen Vorschriften des vorjährigen Entwurfs nicht erheblich abweicht. Durch denselben sollen die Bestimmungen des Zollvereinsvertrages über die Besteuerung des Weines für Rechnung von Kommunen und Korporationen vollständig beseitigt werden. An ihre Stelle tritt die Bestimmung, daß für Rechnung von Gemeinden — nicht auch Korporationen — die Erhebung einer örtlichen Verbrauchsabgabe von Wein, Schaumwein und Rauschwein, sowohl ausländischem wie inländischem, bis zur Höhe von zehn v. H. des Wertes oder von fünf Mark für das Hektoliter gestattet wird. Sofern in einzelnen Gemeinden bereits höhere Abgaben bestehen, sollen sie bis Ende 1899 weiter erhoben werden dürfen.

Nach dem durch die Reichsverfassung in Kraft erhaltenen Zollvereinsvertrage vom 8. Juli 1867 ist die Erhebung einer Abgabe von Wein durch Kommunen und Korporationen nur in den eigentlichen Weinländern zulässig, und auch hier nur vom inländischen Wein und nur bis zum Betrage von 2,18 v. H. des Wertes oder 1,21 Mark für das Hektoliter, je nachdem die Abgabe mit oder ohne Rücksicht auf den Wert des Weines erhoben wird. Soweit höhere Abgaben bereits vorher bestanden, sind diese aber beibehalten, und für Schaumweine gilt nur die Beschränkung, daß die Weinsteuer nur von inländischem Wein erhoben werden darf. In Folge dessen besteht für die verschiedenen Gemeinden innerhalb des Reichs eine weitgehende Verschiedenheit der Besteuerungsbefugnisse, die ohne sachliche Begründung ist, aber doch eine große Verschiedenheit in der Besteuerung herbeiführt hat. Viele hiermit verbundene Schwierigkeiten haben denn auch die Weinsteuern wenig zur Anwendung kommen lassen. Da sich nun aber mehr und mehr die Notwendigkeit herausgestellt hat, den Gemeinden neben den direkten Steuern auch in den örtlichen Verbrauchsabgaben eine reichliche Einnahmequelle zu eröffnen, da ferner durch das Gesetz vom 27. Mai 1885 für verschiedene Verbrauchsgegenstände die der Besteuerung gezogenen Schranken beseitigt sind, so schien es nötig, auch eine analoge Heranziehung des Weines durch die Gemeinden zu ermöglichen. Dies war um so wünschenswerter, als viele Gemeinden in Anspruch nehmen, vom Bier eine Abgabe zu erheben, so lange sie nicht auch den Wein besteuern können. Hervorzuheben ist noch, daß der Wunsch nach Abänderung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften in zahlreichen Petitionen an den Bundesrat und den Reichstag hervorgetreten ist. Bei der Festlegung der Steuerfrage ist berücksichtigt worden, daß eine zu hohe gemeindliche Belastung des Weines sowohl im Interesse der Winger wie auch wegen des möglichen Einflusses der Zollannehmen vom ausländischen Wein vermieden werden mußte.

Schmalzkalben, 28. Februar. Das Ergebnis der Reichstags-Wahl für den Wahlkreis Schwesig-Schmalzkalben ist in der Stadt und im Kreise Schmalzkalben folgendes: Stengel 1628, Hübn 1676, Dr. Karl Peters 1016, Seifert 470 Stimmen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Februar. Der Kaiser empfing eine Abordnung des Tiroler Landtags, welche eine Adresse überreichte, worin entschieden gegen das Offiziersduell Stellung genommen wird. In der Adresse heißt es unter anderem, die katolischen Offiziersduellanten, welche aus religiösen Gründen das Duell ablehnten, würden gemäßigert. Der Kaiser bemerkte in seiner Erwiderung, er stimme in der Beurteilung des Duells mit der Adresse überein.

Die Berufung des Fürsten Lobanow zum russischen Minister des Auswärtigen erfolgte erst in den letzten Stunden. Der Vorkämpfer v. Stoal, dessen Gesundheitszustand sich nicht bessert, dem Jaren zur Verfügung, nur um ihm willfährig zu sein, weil Lobanows Beförderung nach Berlin am Wunsch Kaiser Wilhelms erfolgen sollte und seine Berufung zum Minister daher unthunlich erschien. Wie nun in diplomatischen Kreisen verlautet, wurden diese Verhältnisse hier zwischen Kaiser Wilhelm und dem Großfürsten Vladimir besprochen. Kaiser Wilhelm trat gegenüber höherem Rückfassen zurück. Fürst Lobanow ist ein bewährter Freund Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, weshalb seine Ernennung hier durchaus bejehrigt und als eine Gewähr für die fortdauernde Friedenspolitik Russlands gilt.

Kaiser Franz Josef spricht in einem an den Reichsfinanzminister Rallay, dem auch die Zeitung

der Zivilverwaltung in Bosnien und der Herzegovina übertragen ist, gerichteten Handschreiben seine Anerkennung und sein Wohlgefallen darüber aus, daß auch bei den Benachteiligten Bosniens und der Herzegovina das Ableben des Erbprinz Albrecht zahlreiche Kundgebungen der Trauer und aufrichtiger Teilnahme veranlaßt habe. Er erblicke darin ein Zeichen der Anhänglichkeit und der Erkenntnis für die den Ländern zugewandte Fürsorge und sage dafür seinen innigsten Dank.

Frankreich.

Paris, 28. Februar. Senat. Heute wurde der Antrag angenommen, nach welchem die zivilrechtlich bereits anwendbare Bürgerschaft für Bezahlung der Gerichtskosten auch auf handelsrechtliche Gebiete Ausländern gegenüber anwendbar gemacht wird.

Die Deputiertenkammer begann die Verathung des Kolonialgesetzes. Deloncle begrüßte die Verathung zu der Konvention betreffend Sierra Leone, fragte an, wie weit die Verhandlungen über den Kongo-Staat gezogen seien, berührte die Fragen wegen Ägypten und wegen Madagaskar und schloß mit der Zurückweisung jeder Politik des Aufgebens. Morgen werden die Beratungen fortgesetzt.

Paris, 28. Februar. Nach einer Meldung des „Journal des Debats“ aus Kairo hatte der französische Generalkonsul Cogordan eine lange Unterredung mit dem Khedive über die Lage in Ägypten.

Italien.

Rom, 28. Februar. Im Schatzministerium berichtet man, daß die von Deutschland einberufene internationale Münzkonferenz schon Mitte März zusammentreten wird.

Monte. Vormittag 11 Uhr erschien Giolitti in Folge einer ihm zugegangenen Einladung vor dem Untersuchungsrichter, um über die gegen ihn von Frau Criept und Anderen erhobenen Anklagen vernommen zu werden. Giolitti verweigerte vor dem Untersuchungsrichter, der sich die Verzeichnung der Anklagegründe vorbehielt, jede Aussage; er erklärte, nur vom Staatsgerichtshof wegen Handlungen, die im Ministeramt begangen seien, zur Verantwortung gezogen werden zu können. Der Kompetenzkonflikt wird dem Kassationshofe vorzulegen sein.

Spanien und Portugal.

Madrid, 28. Februar. Aus Seg. wird gemeldet, daß die Stadt die Erfolge des Sultans mit großen Festlichkeiten feiere.

Großbritannien und Irland.

London, 28. Februar. Unterhaus. Der Parlamentsuntersekretär des Auswärtigen, Grey, erklärte, eine Abschrift der vom „Daily Telegraph“ über armenische Grausamkeiten gestern veröffentlichten Depesche sei dem britischen Vorkämpfer in Konstantinopel überreicht worden, aber er könne über die in der erwähnten Depesche enthaltenen Mitteilungen während der Dauer der Untersuchung keine Äußerung abgeben. Es sei wegen der Reichsverpflichtungen nicht wahrscheinlich, daß die Arbeiten der Kommission vor zwei Monaten beendet sein können. Die britische Regierung werde mittlerweile alles Mögliche im Verein mit anderen Regierungen, die dazu bereit seien, thun, um der Pforte zu empfehlen, wenn immer möglich, genügende Maßregeln zum Schutze der christlichen Bevölkerung zu ergreifen.

London, 28. Februar. Unterhaus. Parlamentsuntersekretär des Auswärtigen, Grey, gab heute die Erklärung ab, die russische Expedition in Abyssinien sei nicht offiziell, und stehe nicht in Verbindung mit der russischen Regierung, sondern sei von der Petersburger geographischen Gesellschaft für wissenschaftliche Zwecke entsandt. Der berühmte Reisende Leontiev sei der Chef der Expedition, derselbe sei unterstützt von mehreren wissenschaftlich gebildeten Offizieren, und begleitet von einem russischen Archimandriten, der aber möglicherweise mit einer religiösen Mission seitens der russischen ekklesiastischen Behörden betraut sei. Die Expedition sei über Konstantinopel nach Kairo gegangen und werde sich von dort, wie verlautet, nach Doh auf dem Wege nach Harar begeben. Der Präsident des Handelsamtes Bryce erklärte, die Untersuchung des Untergrundes der Elbe sei in Vorentscheidung bereits eingeleitet. Das britische Handelsamt habe eine formelle Untersuchung über die von dem britischen Dampfer „Gratby“ erlittenen Havarien angeordnet; dieselbe werde vor dem spezial für solche Fälle durch die Kaufmännische eingeleiteten Gerichtshof, der durch nautische Vorgesetzte ergänzt werde, abgehalten. Die Untersuchung werde in London stattfinden, der Tag könne jedoch nicht vor Beendigung der Reichstagsarbeit bestimmt werden. — Parlamentsuntersekretär des Auswärtigen, Grey, erklärte, in Folge der Einstellungen der Zahlungen der auswärtigen Schuld Guatemalas sei der englische Gesandte in Guatemala angewiesen worden, der Regierung von Guatemala in nicht amtlicher Weise zu empfehlen, sich mit ihren englischen Gläubigern zu einigen. — Die Frage, wie die Unruhen in Drah entstanden seien, wor für die selben verantwortlich sei, wie den Eingeborenen die Waffen geliefert worden seien und wie die gerechten Beschwerden beseitigt werden könnten, werden eingehend beantwortet werden, sobald Einzelheiten eingelaufen sein würden. — Ein Antrag Harcourt's, für die Regierungsvorlagen bis März auch die Diensttagssitzungen und an den Freitagen Morgenstunden zu verwenden, wurde von Hicks abgelehnt, aber mit 235 gegen 221 Stimmen angenommen.

Griechenland.

Athen, 28. Februar. Der heute im königlichen Palast abgehaltene Ministerrat beschloß, das Parlament am 4. März aufzulösen, die Wahlen am 28. April stattfinden zu lassen und die neue Kammer zum 27. Mai einzuberufen.

Alien.

Der Tod der jungen Kaiserin von China hat am Hofe zu Peking noch ein schweres Strafgericht für den höchsten Beamten des Palastes zur Folge gehabt. Es wird darüber geschrieben: Nur zwei Männer giebt es im unheimlichen Reich der Mitte, die jeder Zeit zum Kaiser Zutritt haben und mit ihm ohne weiteres Zeremonie sprechen dürfen. Der Eine ist der „Vortragende Rath des Guten“, der über jede des Königs wertige That eines Chinesen, der dieser nun Prinz oder Bettler, dem Herrscher zu berichten, und eine Verurteilung zu beantragen hat; der Andere ist der „Vortragende Rath des Bösen“. Er beileidet den höchsten Rang der Jenenwürde. Es liegt

in der Natur dieses Amtes, daß sein Inhaber der gefährlichste Mann im Staate ist, weil in seiner Hand das Schicksal aller der Größten unter den Großen ruht. Seit zehn Jahren hatte diese Würde Au-Zu-Jung inne, und hinauf bis Vuhungtsung zitterte das Oer der Beamten vor diesem Jenor. So nahm er die Gelegenheit wahr, anlässlich des Selbstmordes der Kaiserin vor der Kaiserin-Witwe Beschwerde über den Kaiser zu führen, daß dieser seine Gemahlin lieblos behandelt und so deren Tod verschuldet hätte. Die Kaiserin-Witwe setzte ihren Sohn deshalb zur Rede, der darüber in großen Zorn gerieth und seiner Mutter versicherte, daß der Jenor ihn schmählich verleumdet habe. Das Unglück des Vaterlandes habe seine Frau melancholisch gemacht, und in einem Analle von Schwermuth habe sie Hand an sich gelegt. Das sei eben das Schmerzlichste für das junge Kaiserpaar gewesen, so sehen, wie die Katastrophe den Jenor so wenig zu Herzen ginge. Darum könnten sie auch nicht begreifen, daß andere die Schmach tief empfänden, und deshalb habe der Hof auch nach anderen Motiven für die traurige That gesucht. So sprach der Kaiser. Dann berief er sich auf das Gesetz, das den Jenor, der wissenschaftlich fähig sei, streng bestrafe, und verfügte: „Au-Zu-Jung hat außerhalb der großen Mauer zu wohnen. Seinen Unterhalt hat er sich selbst zu verdienen. Sein Vermögen fällt dem Staatschatz anheim. Seine Familie hat ihn zu begleiten.“ Danach geschah es, und heute arbeitet in der Vuhonglei ein Schauspieler derjenige Mann, vor welchem noch vor einem Monat 400 Millionen Menschen zitterten.

Bilder aus Stettins Finanzwirtschaft.

Stettin, 1. März. Wir haben in unserm ersten Artikel darauf hingewiesen, daß die Stadt Stettin im Verwaltungsjahre 1895-96 nur für die den allgemeinen kommunalen Zwecken dienenden Titel (Schule, Armenpflege u.) nicht weniger als rund 340000 Mark oder 26 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, beziehentlich 130 Mark für die durchschnittlich fünf Köpfe starke Familie auszugeben hat. Diese Zahlen sind so hoch, daß sie in mehr als einer Beziehung eine weitere Betrachtung verdienen.

Zunächst muß der Borrück zurückgewiesen werden, als hätte die Stadt Stettin Nichts für die Armen, für die Arbeiter, für die Stiefkinder des Glucks. Es ist ja ohne Zweifel sehr hart, im Winter keine Arbeit zu haben und Noth leiden zu müssen. Die Klagen der Arbeitslosen werden daher auch nie aufhören und es ist nicht nur Pflicht der Kommune, sondern allgemein christliche Menschlichkeit, diesen Klagen durch mögliche Gewährung von Arbeit im Winter und Unterstützung die Spitze abzubrechen. Auf der anderen Seite ist es aber doch auch kaum möglich, daß die Stadt Stettin einen größeren Zuzug als 130 Mark jährlich auf jede Familie zulegte. Man vergegenwärtige sich, daß die Stadt Stettin damit jeder armeren Familie, im besondern auch der Arbeiterfamilie jede Woche durchschnittlich 2 Mark 50 Pf. mit unsichtbarer Hand in Gestalt von Freischule für die Kinder, Armenunterstützung u. s. w. zuwendet. Denn man glaube nicht, daß die Stadt Stettin in Zukunft irgend eine Gegenleistung von der ärmeren Hälfte der Bevölkerung zurückempfangen wird. Hatte die Stadt allerdings bis jetzt auch von den beiden untersten Stufen der Einkommensteuer von 420-660 und von 660-900 Mark Einkommen eine Kommunalsteuer erhoben, so hat sie durch übereinstimmenden Beschluß des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung vom 1. April 1895 ab auf diese Kommunalsteuer verzichtet. Nach dem Verwaltungsbudget von 1895-96 waren aber von Summa 33 187 Steuerzahlern nicht weniger als 17 339, also über die Hälfte aller Steuerzahler, zu den beiden untersten Stufen der Einkommensteuer, d. h. zu Einkommen bis zu 900 Mark, veranlagt. Es wird daher mit dem 1. April die ärmere Hälfte der bisherigen Steuerzahler unserer Stadt von jeder kommunalen Besteuerung frei werden! Die Stadt erhebt auch keine weiteren Ansprüche an diese ärmere Hälfte der Bevölkerung, etwa wie der Staat mit der militärischen Dienstpflicht, noch auch eine indirekte Steuer irgend welcher Art. Die einzige in letzterer Hinsicht zur Zeit in Betracht kommende kommunale Steuer — die Biersteuer — ist nicht eingeführt und in ersterer Hinsicht ist jeder Einwohner jeden Augenblick in der Lage, die Stadt verlassen zu können, ohne irgend welche Verpflichtungen gegen dieselbe zu haben. Der Zuzug von 130 Mark, welchen die Stadt für jede Familie aufwendet, kommt daher, soweit es sich wenigstens um die zu nicht mehr als 900 Mark eingeschätzten Haushaltungen handelt, diesen voll und ganz zu Gute. Und wenn man ihn in diesen Kreisen nicht mehr empfindet, so liegt das nur daran, daß die Hand der Stadt, welche diesen Zuzug spendet, von manchen Augen nicht gesehen wird. Sie hört aber darum nicht auf, eine ebenso wohlthätige wie heilsame Hand zu sein.

Ist dies die erfreuliche Seite der Sache, so hat sie doch auch eine recht unangenehme Reverso. Denn giebt die Stadt nur für die allgemeinen kommunalen Zwecke für jeden Kopf 26 Mark bzw. für jede Haushaltung von fünf Köpfen einen jährlichen Zuzug von 130 Mark, so ergibt sich daraus mit mathematischer Nothwendigkeit, daß die städtischen Finanzen nur an denjenigen Steuerzahlern einen Nutzen haben, die entweder als einzeln stehende Personen mindestens 26 Mark, oder als Haupt einer durchschnittlich fünfköpfigen Haushaltung mindestens 130 Mark an jährlichen Steuern an die Stadtkasse zahlen und zwar an Einkommensteuern — denn die besonderen Zwecke des Grundbesitzes und Gewerbebetriebes zu machen und daher auch durch Belastung von diesen Faktoren auszubringende Steuern wieder zu deckenden Ausgaben müssen in obiger Rechnung stets außer Acht gelassen werden. Da nun aber die Stadt vom 1. April 1895 ab nur noch 100 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer nehmen wird, so folgt weiter daraus, daß vom gedachten Zeitpunkt ab die städtischen Finanzen nur an denjenigen Steuerzahlern einen Gewinn machen werden, die als einzeln stehende Person zu mindestens 1450

